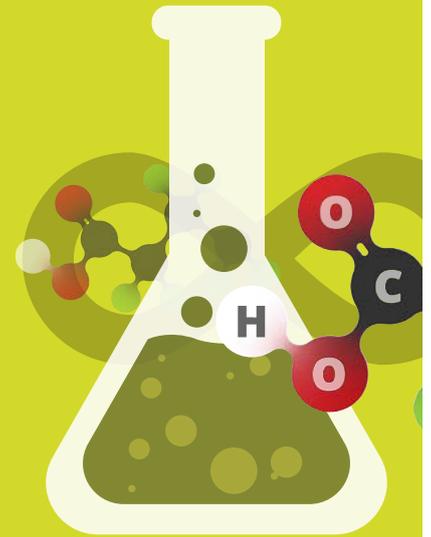




BRIEFING

Chemische Reaktion: Einblicke in den Kampf der Konzerne gegen die PFAS-Beschränkungen der EU

Januar 2025



Der Vorschlag der EU zur Beschränkung von PFAS – auch als „forever chemicals“ oder Ewigkeitschemikalien bekannt – läuft ernsthaft Gefahr, durch Druck der Industrie unterlaufen zu werden. Europäische und internationale Interessensvertreter der Industrie nehmen die Europäische Kommission ins Visier, um ihre PFAS-Profite vor Regulierung zu schützen, ganz ungeachtet der erdrückenden Beweislage zu den katastrophalen Auswirkungen dieser Chemikalien auf Mensch und Umwelt. Die Analyse von Corporate Europe Observatory kürzlich veröffentlichter Dokumente enttarnt die Beeinflussungstaktiken der Industrie und kommt zum Schluss: Es ist Zeit für eine Lobby-Firewall, um Entscheidungen zu PFAS von der Lobbyarbeit der einschlägigen Unternehmen abzuschirmen.

Hintergrund

PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) sind Chemikalien, die unter anderem in Regenjacken, Kochgeschirr und Kosmetika zum Einsatz kommen. Sie finden sich in Kühlschränken, Klimaanlage und Asthma-Inhalatoren und sind auch Teil industrieller Fertigungsprozesse. Doch diese menschengemachten Chemikalien sind äußerst langlebig und schwer abbaubar. Dadurch haben sie große Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Klimakrise und die Umwelt. PFAS sind in quasi jedem [menschlichen Körper](#) zu finden, sogar in ungeborenen Babys, und die [Exposition PFAS](#) gegenüber wurde bereits mit Krebserkrankungen, Leberschäden und Hormonstörungen in Zusammenhang gebracht. PFAS haben unsere [Lebensmittel](#) und unser [Trinkwasser](#) verseucht, befinden sich in [den meisten Böden und Flüssen](#) und in der [Luft](#), die wir atmen. Im Jahr 2023 wurden im Rahmen einer bahnbrechenden Untersuchung im Kontext des [Forever Pollution Projects](#) 23.000 PFAS-belastete Standorte allein in Europa identifiziert, darunter 20 Produktionsanlagen und über 2.100 Orte, die zu „PFAS-Hotspots“ deklariert wurden.

Wir können uns die PFAS-Verschmutzung nicht leisten

Entscheidungsträger müssen der wachsenden Verschmutzung durch PFAS ein Ende setzen, denn [Schätzungen](#) zufolge landen andernfalls im Laufe der nächsten 30 Jahre weitere 4,4 Millionen Tonnen PFAS in der Umwelt. Die grenzübergreifende Untersuchung [Forever Lobbying Project](#) hat inzwischen berechnet, dass die Kosten für die Beseitigung der anhaltenden PFAS-Verschmutzung, einschließlich neu entwickelter PFAS, sich in den nächsten 20 Jahren auf über 2 Billionen Euro belaufen könnten, und die Folgen uns langfristig 100 Milliarden Euro pro Jahr kosten könnten, wenn nichts unternommen wird. Einige der Gesundheitskosten in Europa zur Behandlung potenzieller Folgen der PFAS-Exposition, wie Leberschäden, beeinträchtiger Fortpflanzungsfähigkeit und Krebs, [wurden unabhängig davon auf 52-84 Milliarden Euro jährlich geschätzt](#). Es ist klar, dass den PFAS ein Riegel vorgeschoben werden muss.

Strategien der PFAS-Lobby aufgedeckt

Die Europäische Chemikalienagentur überprüft aktuell einen Vorschlag zur Einführung eines weitreichenden PFAS-Verbots, mit einigen zeitlich begrenzten Ausnahmen für kritische Verwendungszwecke in Fällen, in denen keine angemessenen Alternativen verfügbar sind. Die Akte wird letztlich bei der Europäischen Kommission landen, damit diese einen finalen Vorschlag ausarbeiten kann, der dann von den EU-Mitgliedsstaaten angenommen werden soll. Der neue Bericht des Corporate Europe Observatorys, [„Chemical reaction“ \(Chemische Reaktion\)](#) enthüllt, wie gezielt die Lobbys auf EU-Ebene vorgehen. Unsere Ergebnisse zeigen unter anderem:

- Die ursprünglichen Pläne der Kommission zum Kampf gegen chemische Verschmutzung wurden in jüngster Vergangenheit abgeschwächt, und **die Argumente der PFAS-Industrie dabei auf höchster Ebene der Kommission aufgegriffen**.
- **Die Lobbyarbeit der Konzerne wird ganz gezielt auf die Kommission ausgerichtet**, obwohl sie zum jetzigen Zeitpunkt des Prozesses zur Abstimmung der PFAS-Beschränkungen nur als Beobachterin fungieren soll. Unsere

Erhebung bei 15 Generaldirektionen der Europäischen Kommission hat ergeben, dass es auf **Exekutivebene der EU nicht nur keine gezielten Maßnahmen gegen den Einfluss der PFAS-Unternehmen gibt**, sondern dass in manchen Fällen sogar **ermutigende und beruhigende Aussagen** gegenüber **PFAS-Interessensvertretern** hinsichtlich der künftigen Kommissionsentscheidungen **getroffen werden**.

- **Die Lobbykampagne der Konzerne beruht maßgeblich auf alternativen Narrativen, branchenfinanzierter Forschung und Studien, Panikmache und unbegründeten Behauptungen.** Diese Argumente wurden alarmierend häufig von Politikerinnen und Politikern aufgegriffen und beeinflussen nun die Meinungsbildung in der politischen Debatte um PFAS.
- Zu den Lobbytaktiken der PFAS-Industrie gehören: **Persönliche Lobbyarbeit** bei der gesamten Kommission und anderen Entscheidungsträgern der EU; die Mobilisierung von Verbündeten und die **Schaffung von Echokammern**, um die Reichweite der Lobbyagenda zu vergrößern; der Einsatz von **Lobby-Beratungsfirmen und -Kanzleien**; die Finanzierung von „Folgenabschätzungen“ und anderen **Studien, die der Branche in die Karten spielen**; sowie die **Förderung freiwilliger Verpflichtungen** als Teil des Widerstands gegen strenge Regulierungen.
- Die **erfolgreichste Unternehmenslobby gegen die PFAS-Beschränkungen stellt der Großproduzent Chemours dar** (eine Ausgründung der Firma DuPont, die seit Jahrzehnten von den durch PFAS verursachten gesundheitlichen Schäden weiß), mit mehr Treffen mit hochrangigen Kommissionsmitarbeitenden zu diesem Thema als alle anderen Gruppen. Im vergangenen Jahr hat Chemours seine gemeldeten Ausgaben für Lobbyarbeit mehr als verdoppelt. Die Chemielobby insgesamt, unter der Leitung der Branchen- und Wirtschaftsverbände CEFIC und Plastics Europe, ist sichtbar sehr aktiv hinsichtlich des PFAS-Vorschlag. **Zusammengenommen haben die größten PFAS-produzierenden Unternehmen ihre deklarierten Lobbyausgaben auf EU-Ebene im vergangenen Jahr durchschnittlich um 34 % erhöht.**
- Weitere **eifrige Interessensvertreter kommen aus der Batterie-, Medizintechnik-, Pharma- und Halbleiterbranche sowie anderen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes.**
- Die PFAS-Lobbyschlacht hat in Deutschland besonders große Ausmaße angenommen, und **Unternehmenslobbys haben auf Bundes- und Regionalebene echte Verbündete gefunden.** Die „Schall- und Rauch“-**Haltung der Bundesregierung der vorgeschlagenen PFAS-Beschränkung gegenüber ist mehr als besorgniserregend**, vor allem so kurz vor den Bundestagswahlen.
- Die **öffentliche Konsultation der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) zum Thema PFAS-Beschränkungen wurde durch Beiträge aus der Industrie verwässert**, eine bekannte Strategie der Chemiebranche. Einige PFAS-Produzenten und andere Interessensvertreter der Branche haben es außerdem geschafft, mit ihrer Lobbyarbeit Mitarbeitende der Agentur zu erreichen.

Forderungen

Die Auswirkungen der PFAS-Verschmutzung auf Umwelt und Gesundheit zeigen, dass eine starke Eindämmung dieser Stoffe unabdingbar ist. Die Erfahrung zeigt aber, dass die Chemiebranche seit vielen Jahren die Beschränkung schädlicher Chemikalien erfolgreich verzögert oder abschwächt. Die Parallelen zu den Taktiken der Tabakindustrie sind offenkundig, und es bedarf weiterer Lobbyregelungen, um das öffentliche Interesse gegen gefährliche Lobbyarbeit zu schützen.

Unsere Forderungen lauten daher unter anderem:

- **Sofortiger Stopp aller nicht-öffentlichen Lobbytreffen zum Thema PFAS-Beschränkungen der Kommission mit Industrievertretern, die auf Ausnahme- und Sonderregelungen drängen.** Die privaten und geschäftlichen Interessen, die diese Industrieorganisationen verfolgen, rechtfertigen solch eine Maßnahme zur Einschränkung ihres Einflusses und ihrer Einmischung. Die Kommission muss außerdem dafür Sorge tragen, der Arbeit der ECHA nicht vorwegzugreifen und ausschließlich ihre Rolle als Beobachterin zu wahren.
- Die Kommission sollte zudem ihren **Einsatz für die Entwicklung sichererer Ersatzstoffe für schädliche Substanzen wie PFAS verstärken.** Es besteht ein ernsthaftes Risiko, dass das wahre Potenzial der PFAS-Alternativen unerkannt bleibt. Die Kommission sollte darüber hinaus **überprüfen, inwieweit politische Entscheidungen zu Chemikalien von industriegeförderten Studien und Daten abhängen und beeinflusst werden**, und wie die Nutzung unabhängiger wissenschaftlicher Ergebnisse als Grundlage für die Chemikalienregulierungsarbeit gefördert werden kann.

Corporate Europe Observatory sowie zahlreiche andere zivilgesellschaftliche Organisationen, Akademiker und Akademikerinnen und betroffene Gruppen setzen sich für eine strikte Beschränkung der PFAS ein, durch die der Einsatz von PFAS in Verbraucher- und Industriekontexten so schnell und so sicher wie möglich heruntergefahren wird. Doch wenn die Kommission nicht jetzt ein klares Signal setzt, um diesen und ähnliche Entscheidungsprozesse aktiv zu schützen, wird all dies ein ewiger Traum bleiben, während die Verschmutzung durch PFAS weiter zunehmen und sich zu einem nie enden wollenden Alptraum entwickeln wird.

Der ganze Bericht ist unter folgendem Link verfügbar (auf Englisch): <https://corporateeurope.org/en/chemical-reaction>

Die grenzübergreifenden Recherchen unter dem Titel „Forever Lobbying Project“ wurden von Le Monde sowie 46 Journalistinnen und Journalisten, 29 Medienpartnern aus 16 Ländern und dem Veröffentlichungspartner Arena for Journalism in Europe koordiniert, in Zusammenarbeit mit der Lobby-Beobachtungsgruppe Corporate Europe Observatory. Die Untersuchung fußt auf 14.000 bisher unveröffentlichten Dokumenten zu PFAS, einschließlich Unterlagen, die durch über 180 Anfragen im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes bereitgestellt wurden.



**Corporate
Europe
Observatory**

Corporate Europe Observatory

Rue d'Édimbourg 26
1050 Brussels – Belgium
info@corporateeurope.org
EU lobby transparency register: 5353162366-85